



# ANTRAG

## auf Gewährung einer Zuwendung aus dem Programm Unternehmensnachfolgerichtlinie

Investitionsbank des Landes Brandenburg  
Förderbereich Eigenkapital/Gründung  
Postfach 60 08 07  
14408 Potsdam

Antragsnummer der Investitionsbank des Landes Brandenburg

Eingangsstempel der Investitionsbank des Landes Brandenburg

### 1 Angaben zur antragstellenden Person/Organisation

#### 1.1 Name/Organisationsbezeichnung

Organisationsbezeichnung

Geburtsdatum/Gründungsdatum

Rechtsform

Steuernummer (grid with slashes)

Steuernummer

(Hinweis: Angabe Steuernummer erforderlich für juristische Personen und Personengesellschaften)

#### 1.2 Hauptsitz

Land

Bundesland

Straße und Hausnummer

PLZ

Ort

Telefonnummer mit Vorwahl

E-Mail-Adresse

Homepage (URL)

#### 1.3 Betriebsstätte

Identisch mit dem Hauptsitz

Straße und Hausnummer

PLZ

Ort

Telefonnummer mit Vorwahl

E-Mail-Adresse

## 1.4 Gesetzliche Vertretung

_____	_____	_____
Name	Vorname	Akademischer Titel
_____		
Funktion		
_____		
_____	_____	
Telefonnummer mit Vorwahl	E-Mail-Adresse	

## Gesetzliche Vertretung

_____	_____	_____
Name	Vorname	Akademischer Titel
_____		
Funktion		
_____		
_____	_____	
Telefonnummer mit Vorwahl	E-Mail-Adresse	

## Gesetzliche Vertretung

_____	_____	_____
Name	Vorname	Akademischer Titel
_____		
Funktion		
_____		
_____	_____	
Telefonnummer mit Vorwahl	E-Mail-Adresse	

## 1.5 Bevollmächtigung

keine Bevollmächtigung

## Bevollmächtigung

_____	_____	_____
Name	Vorname	Akademischer Titel
_____		
Funktion/Dienststellung		
_____		
_____	_____	
Telefonnummer mit Vorwahl	E-Mail-Adresse	

## Bevollmächtigung

_____	_____	_____
Name	Vorname	Akademischer Titel
_____		
Funktion/Dienststellung		
_____		
_____	_____	
Telefonnummer mit Vorwahl	E-Mail-Adresse	

Hinweis: Für jede Bevollmächtigung die jeweilige Vollmacht bitte ausdrucken, unterschreiben, einscannen, im Kundenportal hochladen und die Originale aufbewahren.  
Den Vordruck finden Sie auf [www.ilb.de](http://www.ilb.de).

## 1.6 Kontaktperson/Projektleitung

_____	_____	_____
Name	Vorname	Akademischer Titel
_____		
Funktion/Dienststellung		
_____		
_____	_____	
Telefonnummer mit Vorwahl	E-Mail-Adresse	

## 1.7 Branche

_____	_____
Art der Tätigkeit	Branchenschlüssel

## 1.8 Auftraggebendeneigenschaft

Bei der antragstellenden Person/Organisation handelt es sich um eine auftraggebende Person/Organisation im Sinne des § 98 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Darunter fallen öffentliche Auftraggebende (§ 99 GWB), Sektorenauftraggebende (§ 100 GWB) und Konzessionsgebende (§ 101 GWB).

- ja  
 nein

Die Anlage „Auftraggebendeneigenschaft“ und das Merkblatt zu den Vergabebestimmungen sind auf [www.ilb.de](http://www.ilb.de) verfügbar.

Eine unzutreffende Einordnung, keine auftraggebende Person/Organisation im Sinne des § 98 GWB zu sein, sowie daraus folgende Verstöße gegen Regelungen und Nebenbestimmungen eines eventuellen Zuwendungsbescheides können zur teilweisen oder vollständigen Kürzung oder Rückforderung der Zuwendung führen. Es wird empfohlen, sich in Zweifelsfällen zum Status einer auftraggebenden Person/Organisation im Sinne des § 98 GWB fachkundig beraten zu lassen. Gegebenenfalls sind von den antragstellenden Personen/Organisationen aussagekräftige Dokumente wie bspw. eine Bestätigung der jeweiligen Aufsicht oder ein Rechtsgutachten einzureichen.

## 1.9 Wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Tätigkeit

Die antragstellende Person/Organisation ist

- ausschließlich wirtschaftlich tätig.  
 ausschließlich nichtwirtschaftlich tätig.  
 wirtschaftlich und nichtwirtschaftlich tätig.
- Das zur Förderung beantragte Vorhaben wird im Rahmen der wirtschaftlichen Tätigkeit durchgeführt.  
 Das zur Förderung beantragte Vorhaben wird im Rahmen der nichtwirtschaftlichen Tätigkeit durchgeführt.  
 Das zur Förderung beantragte Vorhaben wird im Rahmen der wirtschaftlichen und der nichtwirtschaftlichen Tätigkeit durchgeführt.

Das Merkblatt "Unterscheidung zwischen wirtschaftlicher und nichtwirtschaftlicher Tätigkeit" ist auf [www.ilb.de](http://www.ilb.de) verfügbar.

1.10 Insolvenzverfahren

Über das Vermögen der antragstellenden Person/Organisation wurde ein Insolvenzverfahren eröffnet bzw. beantragt.

nein

1.11 Belegaufbewahrung

Die antragstellende Person/Organisation verwendet ein digitales Belegaufbewahrungs- und -archivierungssystem.

ja (Bezeichnung des Systems: \_\_\_\_\_)

Das System entspricht den Grundsätzen zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff (GoBD) oder einer in der öffentlichen Verwaltung allgemein zugelassenen Regelung.

ja

nein

nein

Das Merkblatt "Belegaufbewahrungs- und -archivierungssysteme" ist auf [www.ilb.de](http://www.ilb.de) verfügbar.

2 Angaben zum Vorhaben

2.1 Art des Vorhabens

Sensibilisierung

Art des Vorhabens

2.2 Kurzbezeichnung des Vorhabens

\_\_\_\_\_  
Bezeichnung des Vorhabens

\_\_\_\_\_  
Branchenschlüssel

2.3 Ort des Vorhabens

\_\_\_\_\_  
Straße und Hausnummer

\_\_\_\_\_  
PLZ

\_\_\_\_\_  
Ort

2.4 Zeitliche Durchführung des Vorhabens (Durchführungszeitraum)

Tag		Monat		Jahr	

Beginn Durchführungszeitraum

Tag		Monat		Jahr	

Ende Durchführungszeitraum

Hinweis: Das Ende des Durchführungszeitraums darf maximal der 31.12.2025 sein.

## 2.5 Beschreibung des Vorhabens

Bitte beschreiben Sie kurz und prägnant den Zweck sowie die erwarteten Errungenschaften des Vorhabens.

① Die Beschreibung wird in der Liste der für eine Unterstützung aus dem Fonds ausgewählten Vorhaben gemäß Art. 49 Abs. 3 lit. e VO (EU) 2021/1060 veröffentlicht.

## 2.6 EU-Ziele und weitere bereichsübergreifende Grundsätze sowie Planwerte

Gleichstellung der Geschlechter und Nichtdiskriminierung, insbesondere Sicherstellung der Zugänglichkeit für Menschen mit Behinderungen

① Das Vorhaben trägt mit spezifischen Aktivitäten zur Förderung der Geschlechtergleichstellung und Nichtdiskriminierung bei, d. h. es richtet sich gezielt gegen Diskriminierung aus Gründen des Geschlechts, der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung. Entsprechende Beiträge werden z. B. durch spezifische Maßnahmen zur Reduzierung geschlechtsbezogener Diskriminierung und Ungleichheit, zur Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, zur Verbesserung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen bzw. zur Integration Älterer in Beschäftigung und Weiterbildung geleistet.

nein

**Wenn Geschlechtergleichstellung und Nichtdiskriminierung: Zu welchem der folgenden Bereiche leistet Ihr Vorhaben einen Beitrag?**

a) Beitrag zur Gleichstellung der Geschlechter bzw. zur Verbesserung der Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt

① z. B. auch im Hinblick auf Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie geschlechtsspezifische Armutsrisiken

ja

nein

b) Beitrag zur Verbesserung der Zugänglichkeit bzw. der Teilhabemöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen

① z. B. auch im Hinblick auf verbesserte Zugänge durch verbesserte Informations- und Kommunikationstechnologien, barrierefreie Veranstaltungsplanung, oder bauliche Maßnahmen zur Schaffung von Barrierefreiheit

ja

nein

c) Beitrag zur Verbesserung der Integration in den Bereichen Beschäftigung, Bildung und Weiterbildung für Menschen mit Migrationshintergrund

ja

nein

d) Beitrag zur Verbesserung der Integration in den Bereichen Beschäftigung, Bildung und Weiterbildung für sonstige benachteiligte Gruppen

① insbesondere für Ältere

ja

nein

## Planwerte

Indikatorbezeichnung	Maßeinheit	Planwert
Anzahl der zu fördernden Beauftragten (insgesamt)	Vollzeitäquivalent	
Anzahl der Unternehmen, die für das Thema der Unternehmensnachfolge sensibilisiert werden sollen	Unternehmen	
Anzahl der Unternehmen, die aufgrund der Sensibilisierung einen Nachfolgecheck erhalten sollen	Unternehmen	

## 2.7 Beitrag des Vorhabens zur interregionalen, grenzüberschreitenden oder transnationalen Kooperation

① *Vorhaben, die mit weiteren kooperierenden Personen/Organisationen aus dem Ausland geplant oder durchgeführt werden sollen. Der Durchführungsort kann dabei in Brandenburg liegen, aber auch Vorhaben außerhalb des Programmgebietes sind denkbar, z. B. Vernetzungsaktivitäten etc. Einseitige Auslandsmarkterschließungsaktivitäten ohne das Ziel einer gegenseitigen Kooperation fallen nicht in diese Kategorie.*

ja,

wenn ja, leistet das Vorhaben einen Beitrag zur Strategie für den Ostseeraum?

① *Das Vorhaben wird in Zusammenarbeit mit weiteren Personen/Organisationen aus mindestens einem makroregionalen Gebiet durchgeführt. D. h. transnationale Personen/Organisationen aus dem Ostseeraum (= Finnland, Schweden, Dänemark, Estland, Litauen, Lettland, Polen).*

ja

nein

nein

Bitte beschreiben Sie kurz die Art der Kooperation, die Partnerschaften und das Ziel der Kooperation.

## 2.8 Lieferung und Leistung bei Verflechtungen

Ist die Vergabe von Aufträgen an verflochtene Dritte geplant?

ja

nein

Verflechtungen können sowohl rechtlich und wirtschaftlich, als auch personell oder organisatorisch vorliegen. Für den Begriff der wirtschaftlichen und rechtlichen Verflechtung ist Artikel 3 des Anhangs der Empfehlung der Europäischen Kommission zur KMU-Definition vom 06.05.2003 (ABl. Nr. L 124 vom 20.05.2003, Seite 36 ff.) maßgeblich. Das Merkblatt „KMU-Definition der EU“ ist auf [www.ilb.de](http://www.ilb.de) verfügbar. Die personelle Verflechtung lässt sich anhand der in § 15 Abgabenordnung verankerten Definition zu Angehörigen bestimmen. Eine organisatorische Verflechtung liegt vor, wenn eine natürliche oder juristische Person oder eine Gruppe dieser Personen sowohl zur auftraggebenden Person/Organisation als auch auftragnehmenden Person/Organisation gesellschaftsrechtlich oder aufgrund von Rechtsverhältnissen, die das Erbringen von Tätigkeiten zum Gegenstand haben, verbunden ist und die Entscheidung über die Auftragserteilung zumindest eines von ihr beeinflussen kann.

2.9 Binnenmarktrelevanz bei Auftragsvergaben (nur ausfüllen, wenn es sich bei der antragstellenden Person/Organisation um eine auftraggebende Person/Organisation im Sinne des § 98 GWB handelt.)

Es wurden vor der Antragstellung Aufträge für Bauleistungen bzw. für Liefer- und Dienstleistungen und/oder für freiberufliche Leistungen vergeben.

nein

ja

Bei diesen Vergaben wurde die Pflicht zur Veröffentlichung unter Beachtung der Binnenmarktrelevanz eingehalten.

ja

nein

Das Merkblatt "Vergabebestimmungen - Kofinanzierung mit EU-Mitteln" ist auf [www.ilb.de](http://www.ilb.de) verfügbar.

Hinweis: Erfolgte trotz des Vorliegens der Binnenmarktrelevanz keine Veröffentlichung der Vergabe, unterliegt diese Vergabe einer Finanzkorrektur. Die entsprechend geplanten Ausgaben aus dieser Auftragsvergabe können nicht als zuwendungsfähig anerkannt werden.

2.10 Inanspruchnahme weiterer öffentlicher Mittel für die Durchführung des Vorhabens

Zur Finanzierung des Vorhabens wurden oder werden weitere öffentliche Mittel bei der ILB oder anderen Stellen beantragt bzw. wurden von der ILB oder anderen Stellen gewährt.

nein

2.11 Ausgaben

Die antragstellende Person/Organisation ist bei der Durchführung des Vorhabens zum Vorsteuerabzug berechtigt.

ja (Die Ausgaben sind nachfolgend ohne Umsatzsteuer anzugeben.)

nein (Geeigneter Nachweis ist dem Antrag beizufügen, bspw. Erklärung Finanzamt, Steuerberatende, o. ä.)

teilweise (Geeigneter Nachweis für den nicht vorsteuerabzugsberechtigten Anteil ist dem Antrag beizufügen, bspw. Erklärung Finanzamt, Steuerberatende, o. ä.)

Ausgaben	zuwendungsfähig in EUR	nicht zuwendungsfähig in EUR	Summe in EUR
Projektbezogene Personalausgaben			
Projektbezogene Sachausgaben			
Pauschale für indirekte Ausgaben*			
<b>Summe</b>			
<b>Gesamtausgaben</b>			

\*Hinweis: 15 Prozent der zuwendungsfähigen direkten Personalausgaben

## 2.12 Finanzierung

Hinweis: Die Summe der Finanzierungsmittel muss der Summe der Ausgaben entsprechen.

Finanzierungsmittel	zuwendungsfähig in EUR	nicht zuwendungsfähig in EUR	Summe in EUR
Zuschuss		<del>                    </del>	
Eigenmittel			
<b>Summe</b>			
<b>Gesamtfinanzierung</b>			

## 2.13 Beantragte Zuwendung

Zuwendung	Höhe (EUR)
Zuschuss	

## 3 Erklärungen der antragstellenden Person/Organisation

(Die Erklärungen müssen durch Anklicken  bestätigt werden.)

Die antragstellende Person/Organisation erklärt, dass

### 3.1 nicht vor Antragseingang bei der ILB mit dem Vorhaben begonnen wurde,

(Hinweis: Als Beginn des Vorhabens ist grundsätzlich jeder Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages oder das Leisten von Projektstunden zu werten.)

### 3.2 die Angaben in diesem Antrag und den beigefügten Anlagen (einschließlich Antragsunterlagen) vollständig und richtig sind,

### 3.3 ihr bekannt ist, dass

- die Gewährung einer öffentlichen Zuwendung gemäß LHO Brandenburg unter der Maßgabe der wirtschaftlichen und sparsamen Mittelverwendung erfolgt und Aufträge nur an fachkundige und leistungsfähige Anbietende nach wettbewerblichen Gesichtspunkten zu wirtschaftlichen Bedingungen zu vergeben sind.
- Verstöße gegen das Vergaberecht eine teilweise oder vollständige Kürzung der Zuwendung zur Folge haben können.

Das auf [www.ilb.de](http://www.ilb.de) verfügbare Merkblatt zu den Vergabebestimmungen wurde zur Kenntnis genommen.

- Die antragstellende Person/Organisation bestätigt die Abgabe der Erklärungen zu Ziffer 3.1 bis 3.3.

### 3.4 Die antragstellende Person/Organisation erklärt, dass unter Berücksichtigung der beantragten Zuwendung die Gesamtfinanzierung des Vorhabens gesichert ist.

Die antragstellende Person/Organisation erklärt, dass

### 3.5 ihr bekannt ist, dass

sich an der beantragten Finanzierungshilfe der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) beteiligen kann und dass in diesem Fall die Verordnung (EU) Nr. 2021/1058 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2021 über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung und den Kohäsionsfonds in Verbindung mit der Verordnung (EU) Nr. 2021/1060 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. Juni 2021 in der jeweils gültigen Fassung Anwendung finden.

- 3.6 ihr bekannt ist, dass im Falle der Gewährung einer Zuwendung Informationen über ihre wirtschaftlich Berechtigten, falls vorhanden, erhoben werden. Werden im Rahmen des Vorhabens öffentliche Aufträge oberhalb des EU-Schwellenwertes vergeben, gilt dies auch für die Auftragnehmenden. Wirtschaftlich Berechtigte sind alle natürlichen Personen, in deren Eigentum oder unter deren Kontrolle die zuwendungsempfangende bzw. auftragnehmende Person/Organisation letztlich steht.
- 3.7 ihr bekannt ist, dass im Falle der Gewährung einer Zuwendung folgende Daten des Vorhabens auf der Website <https://efre.brandenburg.de> veröffentlicht werden:
- a) Name der zuwendungsempfangenden Person/Organisation (ausgeschlossen: natürliche Personen, die nichtwirtschaftlich tätig sind); bei einer öffentlichen Auftragsvergabe Name der auftragnehmenden Person/Organisation
  - b) Bezeichnung des Vorhabens
  - c) Zweck und erwartete oder tatsächliche Errungenschaften des Vorhabens
  - d) Datum des Beginns des Vorhabens
  - e) Datum des Endes des Vorhabens (voraussichtliches Datum des Abschlusses der konkreten Arbeiten oder der vollständigen Durchführung des Vorhabens)
  - f) Gesamtkosten des Vorhabens
  - g) betroffener Fonds
  - h) betroffenes spezifisches Ziel
  - i) Kofinanzierungssatz der Europäischen Union pro Vorhaben
  - j) Standortindikator oder Geolokalisierung für das Vorhaben
  - k) Land
  - l) Art der Intervention für das Vorhaben

Die Daten werden in einem offenen, maschinenlesbaren Format veröffentlicht, wodurch das Sortieren, Suchen, Extrahieren, Vergleichen und Weiterverwenden der Daten durch Organe der Europäischen Union ermöglicht wird.

Zusätzlich wird für die Vorstellung von Förderbeispielen die Höhe der Zuwendung und davon die Höhe der Kofinanzierung der EU veröffentlicht.

- 3.8 ihr bekannt ist, dass den Einrichtungen der Europäischen Union auf Ersuchen Kommunikations- und Sichtbarkeitsmaterial zur Verfügung zu stellen ist, einschließlich entsprechender Lizenzen zur Nutzung solchen Materials, sofern dies nicht zu erheblichen Zusatzkosten oder erheblichem Verwaltungsaufwand führt.
- 3.9 ihr bekannt ist, dass besondere Transparenz- und Kommunikationsvorschriften einzuhalten sind. Verstöße gegen diese können mit Zuwendungskürzungen bis zu 3 % sanktioniert werden. Das auf [www.ilb.de](http://www.ilb.de) verfügbare Merkblatt "Transparenz und Kommunikation in der Förderperiode 2021-2027" wurde zur Kenntnis genommen.
- 3.10 im Falle der Gewährung einer Zuwendung die bereichsübergreifenden Grundsätze
- "Gleichstellung von Männern und Frauen, Geschlechtergleichstellung und die Einbeziehung einer Geschlechterperspektive"
  - "Nichtdiskriminierung, insbesondere Zugänglichkeit für Menschen mit Behinderungen"
  - "Förderung einer nachhaltigen Entwicklung"

Berücksichtigung finden.

Die auf [www.ilb.de](http://www.ilb.de) verfügbaren Merkblätter wurden zur Kenntnis genommen.

- Die antragstellende Person/Organisation bestätigt die Abgabe der Erklärungen zu Ziffer 3.5 bis 3.10.

- 3.11  Erklärung muss *immer separat* angeklickt werden! Die antragstellende Person/Organisation erklärt, dass ihr die Subventionserheblichkeit der nachfolgend bezeichneten Tatsachen, die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges (§ 264 Strafgesetzbuch) sowie ihre Pflicht, der ILB mögliche Änderungen bzgl. subventionserheblicher Tatsachen unverzüglich mitzuteilen, bekannt ist.

Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 2 Subventionsgesetz sind:

- Angaben zu den Rechtsverhältnissen der antragstellenden Person/Organisation (Name, ausführende Stelle, Rechtsform, gesellschaftsrechtliche und vertragliche Beziehungen)
- Eigenerklärungen zu KMU, zum Transparenzrichtlinie-Gesetz, zum Anreizeffekt, zum Abschluss einer Kooperationsvereinbarung bei Verbundprojekten sowie zur anderweitigen Finanzierung des Vorhabens durch Dritte
- Angaben zum Zeitpunkt des Beginns des Vorhabens, zur Berechtigung zum Vorsteuerabzug
- die Beschreibung des Vorhabens (insbesondere Gesamtziel des Vorhabens, wissenschaftliche und technische Arbeitsziele, Verwertungsplan, innovativer Ansatz)
- Angaben, die Gegenstand der Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen, Vermögensübersichten oder Gutachten, des Ausgaben- und Finanzierungsplans, des Haushalts- oder Wirtschaftsplans oder von sonstigen dem Antrag beizufügenden Unterlagen sind
- Angaben in den Berichten und Verwendungsnachweisen, welche die zweckentsprechende Verwendung der Zuwendung betreffen
- Tatsachen, die der ILB nach den Bestimmungen Zuwendungsbescheides nebst Anlagen mitzuteilen sind
- Angaben, von denen nach dem Verwaltungsrecht (insbesondere § 1 Abs. 1 Satz 1 Verwaltungsverfahrensgesetz für das Land Brandenburg i. V. m. §§ 48, 49, 49a Verwaltungsverfahrensgesetz) oder anderen Rechtsvorschriften (insbesondere ANBest-P/ANBest-G/ANBest-EU/ANBest-Kost/NBest-Bau) die Rückforderung der Zuwendung abhängig ist.

Subventionserhebliche Tatsachen sind ferner solche, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit einer beantragten Zuwendung.

Das auf [www.ilb.de](http://www.ilb.de) verfügbare "Merkblatt zu subventionserheblichen Erklärungen" wurde zur Kenntnis genommen.

#### 4 Informationsaustausch/Antragstellung in Papierform

(Die Erklärung muss durch Anklicken  bestätigt werden.)

- Die antragstellende Person/Organisation erklärt, dass die Antragstellung ausdrücklich in Papierform gewünscht ist.

#### 5 Datenschutzrechtlicher Hinweis

Im Rahmen der Antragstellung und Antragsbearbeitung wird die ILB personenbezogene Daten erheben und verarbeiten. Die Datenverarbeitung erfolgt nur im zwingend erforderlichen Rahmen, ist zweckbezogen und wesentliche Voraussetzung für die Bearbeitung des Antrags.

Eine detaillierte Information über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und die Ihnen nach den datenschutzrechtlichen Regelungen zustehenden Ansprüche und Rechte gemäß Art. 13, 14 und 21 Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) finden Sie im Informationsblatt Datenschutz.

Sofern bei der Bearbeitung des Antrages bzw. dem anschließenden Bestandsmanagement zur Feststellung oder Prüfung der Eigentums- und Kontrollstruktur, der Bonität, der Mittelverwendung oder zur Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen die Erhebung, Verarbeitung oder Prüfung von Daten Dritter erforderlich wird, sind diese aufgrund eines datenschutzrechtlichen Erlaubnistatbestandes durch die antragstellende Person/Organisation anzufordern und zu beschaffen. Den Dritten ist das Informationsblatt Datenschutz der ILB auszuhändigen und die Aushändigung durch sie zu bestätigen.

Das Informationsblatt Datenschutz erhalten Sie auch jederzeit auf Anforderung in Papierform. Zusätzlich steht das Dokument auf der Internetseite der ILB unter [www.ilb.de/datenschutz](http://www.ilb.de/datenschutz) zum Download zur Verfügung.

**Direktlink Informationsblatt Datenschutz:** <https://www.ilb.de/media/dokumente/sonstige-dokumente/rechtshinweise/informationsblatt-datenschutz.pdf>

Die antragstellende Person/Organisation bestätigt die Kenntnisnahme des Datenschutzrechtlichen Hinweises und des Informationsblattes Datenschutz.

## 6 Hinweis zur Meldepflicht

Die ILB ist gesetzlich verpflichtet, zur Sicherstellung der Besteuerung den Finanzbehörden die an Sie geleisteten Zahlungen mitzuteilen.

Hierzu übermitteln wir: Name, Anschrift, Geburtsdatum (bei natürlichen Personen), Steuer- bzw. Steueridentifikationsnummer, Datum und Höhe der Zahlung.

---

Ort, Datum

---

Unterschrift(en)/Stempel bzw. Siegel

---

Name(n) in Druckbuchstaben

## Antrag auf Gewährung einer Zuwendung aus dem Programm Unternehmensnachfolgerichtlinie

### Anlagen

(Beigefügte Unterlagen sind durch Anklicken ☒ zu kennzeichnen.)

- Satzung (Kopie)
- Unterschriftenprobenblatt
- Vollmachte(n)
- Gesamtkonzept zur geplanten Projektumsetzung

Das Gesamtkonzept muss mindestens folgende Angaben enthalten und sollte nicht mehr als 10 Seiten umfassen:

- Beschreibung der Problemlage (z. B. Alters- und Geschlechterstruktur der KMU-Inhaberinnen und -Inhaber im Zuständigkeitsbereich, Branchenschwerpunkte der Nachfolgeproblematik, regionale Besonderheiten)
  - Beschreibung der inhaltlichen Ansätze, Methoden und Formate zur Umsetzung der Maßnahmen entsprechend der Ziffern 2.1 bis 2.3 der Richtlinie
  - Differenzierte chronologische Darstellung des Projekts (Personaleinsatz, Ablaufplan, Meilensteine)
  - Darstellung messbarer quantitativer Angaben zur Umsetzung der vorgesehenen Maßnahmen entsprechend der Ziffern 2.1 und 2.3 der Richtlinie
- Personaleinsatz - Stellenbeschreibung (ILB-Formular)
  - Detaillierte Kalkulation der direkten Sachausgaben
  - Nachweis zur Befreiung/teilweisen Befreiung vom Vorsteuerabzug
  - Anlage "Auftraggebendeneigenschaft"

Die ILB behält sich die Anforderung weiterer Unterlagen und Informationen vor.